



NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau

in der Pfalz

am Dienstag, 12.05.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:25



Anwesenheitsliste

CDU

Dr. Thomas Bals

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Peter Lerch

Rolf Morio

SPD

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Verspätung: anwesend ab 17:04 Uhr (nach Eröffnung TO)

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

UBFL

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Verspätung: anwesend ab 18:07 Uhr (TOP 4, NÖ)

Berichterstatter

Christine Baumstark

Kurt Degen

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Sonstige

Michael Niedermeier

Schriftführer/in

Kristina Bollinger

Entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Haus zum Maulbeerbaum; Informationen der Vertreter des Vereines "Freunde des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V." und der Genossenschaft in Gründung zum Genossenschaftsmodell
3. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/204/2015
4. Alternative Bestattungsformen
Konzept zur Ertüchtigung einer Teilfläche des Hauptfriedhofes für Baumbestattungen
Vorlage: 320/057/2015
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend; zu diesem Punkt ist nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Haus zum Maulbeerbaum; Informationen der Vertreter des Vereines "Freunde des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V." und der Genossenschaft in Gründung zum Genossenschaftsmodell

Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Vertreter der Genossenschaft in Gründung, Herrn Dr. Zumpe und Frau Behrens sowie die Vertreterin des Vereines des Hauses zum Maulbeerbaum Landau e.V., Frau Wolf. Die Sicherungsarbeiten des Hauses zum Maulbeerbaum durch das Gebäudemanagement Landau seien mit einer Größenordnung von 43.000 Euro abgeschlossen. Wie bereits informiert wurde, habe die Stadt im Zusammenhang mit der Marktstraße 100 die Möglichkeit des Vorkaufsrechts geprüft, welches rechtlich problematisch angesehen wurde und deshalb nicht in Anspruch genommen werde. Dieses Gebäude sei mittlerweile veräußert worden; der Investor habe jedoch kein Interesse am Haus zum Maulbeerbaum. Derzeit sei kein potenzieller Investor für das Haus zum Maulbeerbaum bekannt. Die Vertreter seien nun eingeladen worden, um das Genossenschaftsmodell vorzustellen. Es ginge um die Überlegung, dem Verein eine Option von 18 Monaten für die Gründung einer Genossenschaft zu gewähren. Nach einvernehmlicher Besprechung könne dies im Vertrauen auf den Stadtratsbeschluss erfolgen.

Frau Wolf dankte für die Einladung, stellte die Vertreter der Genossenschaft in Gründung vor und bat den Rat um Unterstützung.

Frau Behrens erläuterte im Rahmen einer Präsentation die Leitlinien für das Nutzungskonzept, die vorläufige Kostenschätzung und stellte die Umbaumaßnahmen der Marktstraße 92 und 94 (Folien 2, 8, 9, 3) dar: Sie seien mit der Denkmalpflege vertraut und die diesbezüglichen Diskussionen seien bekannt. Das Gebäude sei aufgrund der geringen Grundstücksgröße und der eingeschlossenen Lage sehr schwer nutzbar. Bei der Nutzung und dem Ausbau seien sie bemüht, möglichst viel von der Originalsubstanz zu erhalten und die Eingriffe sowie Kosten so gering wie möglich zu halten. Deshalb seien weder der Ausbau des Dachgeschosses, noch eine intensive Kellernutzung vorgesehen. Die Obergeschosse seien für möglichst flexible Einheiten mit zentralem Küchen- und Badkern nutzbar. Derzeit erfolge die Haupteinschließung über das Treppenhaus. In der Mitte sei ein zentraler Flur vorhanden, von dem Seitengänge abgingen. Pro Geschosse seien ca. sechs zu erschließende Zimmer vorhanden. Die restlichen Räume sollen flexibel, wie beispielsweise als einzelne Büro's für Existenzgründer vermietet werden oder als gesamte Vermietung an eine Kanzlei oder Studenten für Wohngemeinschaften. Vorteil der Vermietungen für einzelne Zimmer seien im Gegensatz zu der gesamten Vermietung die Mietmehreinnahmen. Nach dem Mietspiegel seien bei der Kalkulation als Grundlage für Studentenwohnung 9,50Euro/m² angenommen worden. Das Erdgeschoss könne in Kombination mit dem bestehenden Café genutzt werden. Hier sei ein Durchgang vorhanden und die Planung sehe vor, den vorderen Teil weiterhin als Café zu nutzen. Der rechte Teil könne beispielsweise für Veranstaltungen tageweise vermietet werden. Viele Teile des Hauses würden dann der Öffentlichkeit weiterhin zugänglich bleiben.

Frau Behrens erläuterte die Kostenaufstellung der Folie 3. Sie halte diese Kosten für angemessen und realistisch. Bezüglich der Umsetzung der Genossenschaftsgründung übergab sie das Wort an Herrn Dr. Zumpe.

Herr Dr. Zumpe erklärte die drei Entwicklungsphasen einer Genossenschaft (Folie 4). Sobald die Option in Aussicht gestellt wurde, könne die Genossenschaft gegründet werden. Die erste Phase sei die Entwicklung. Diese bestehe aus dem Werben um Sponsoren und Mitgliedern und gleichzeitig im Einzelnen aus der bautechnischen und wirtschaftlichen Prüfung für die Verwirklichung des Projektes. In der zweiten Phase werde die Genossenschaft zur Baugenossenschaft. Hierbei gehe es um den Kauf und die Sanierung. Die dritte Phase sei die Betriebsgenossenschaft, um durch Mieteinnahmen eine Deckung der Finanzierungskosten zu erzielen.

Er erläuterte des Weiteren die Aufbringung des benötigten Eigenkapitals (Folie 5). Das Prinzip des „Crowdfunding“ Modells sei, dass möglichst viele Menschen der Genossenschaft beitreten und Geschäftsanteile erwerben. Angenommen wurden hierfür 100 Euro pro Anteil. Der Betrag stünde jedoch noch nicht endgültig fest. Zu den eigentlichen Geschäftsanteilen müsse ein Eintrittsgeld in



Höhe von 50 Euro aufgebracht werden, damit die laufenden Geschäftskosten (Werbung, Druck von Unterlagen, etc.) der Genossenschaft gedeckt werden können. Die Genossenschaft sei auf Sponsoren und Botschaftern (Landauer Bürger und andere Personen) angewiesen.

Er erläuterte die Geschäftsbedingungen der Genossenschaft (Folie 6). Die Einzahlungen würden zunächst auf einem Treuhandkonto erfolgen, da nicht klar sei, ob genügend Gelder zusammen kommen und das Projekt gestartet werden könne. Die Eintrittsgelder würden allerdings sofort verausgabt werden müssen. Er erläuterte zum Schluss die Voraussetzungen für den Erfolg (Folie 7) und appellierte an die Unterstützung der Stadtspitze.

Auf die in der Anlage beigefügte Präsentation wird verwiesen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erwähnte, dass die Rahmendaten des Vortrages bekannt seien. Für das Gremium und die Öffentlichkeit wäre es von Bedeutung, wenn die Zusammenarbeit mit dem Genossenschaftsverband verdeutlicht dargestellt werde, da dieser Verband maßgeblich unterstütze und für seriöse Arbeitsweise bekannt sei. Insgesamt sei es ein mustergültiges Engagement und eine große Chance für die Stadt. Es müsse eine Gemeinschaftsleistung darstellen, die zum Erfolg führe.

Ratsmitglied Lerch bewertet das Engagement ebenfalls positiv. Das Raumkonzept könne er nicht einschätzen, aber er gehe von einer sinnvollen Einteilung und guten Vermarktungsmöglichkeiten aus. Bei einem Eigenkapital von 820.000 Euro würde sich die Rendite unter 4 % bewegen. Diese Kosten halte er für überschaubar. Er fragte nach, wie realistisch diese einzuschätzen seien und ob die Mitglieder, die einen höheren Anteil als beispielsweise 100 Euro zahlen würden, einen höheren Stimmenanteil hätten. Sollte dies nicht der Fall sein, sehe er problematisch, große Sponsoren zu finden.

Herr Dr. Zumpe erwiderte, dass sie sich mit dem Genossenschaftsverband beraten hätten. Sie wollen nun im ersten Schritt die Gelder auf einem Treuhandkonto sammeln und die Mittel erst bei Gelingen verausgaben. Der Genossenschaftsverband werde bei allen Formalien betreuen und die Eintragung vornehmen. Er erläuterte zu der Frage von Herrn Lerch, dass die Stimmenanteile grundsätzlich ein Problem darstellen könnten, diese allerdings mit dem Genossenschaftsmodell verbunden seien. Es gäbe jedoch Überlegungen, ob man durch einen Bonus ideeller Art größere Sponsoren/Anteilserwerber dazu erwerben könne.

Frau Behrens ergänzte, dass es sich bei der Kostenberechnung um eine konservative und abstrakte Berechnung handle. Die Mieteinnahmen für die Nutzung des Cafés wurden beispielsweise sehr gering kalkuliert. Des Weiteren wurde mit einer Saalvermietung von 6 Tagen pro Monat kalkuliert. Diese Zahl sei noch steigerbar. Aufgrund der derzeitigen günstigen Zinslage seien sie zuversichtlich. Auch gehen sie davon aus, dass Stiftungsgelder fließen werden.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass das kalkulierte Eigenkapital i. H. v. 800.000 Euro sehr hoch sei. Er fragte nach, wie sich der Optimismus begründe.

Frau Behrens antwortete, dass sie mit der Unterstützung von Privatpersonen, aber auch Sponsoren rechnen. Als mögliche Gegenleistung anstatt der Anteile nannte sie beispielsweise eine kostenlose Bereitstellung von Materialeien verschiedenster Firmen für die Baumaßnahme.

Ratsmitglied Silbernagel fragte nach, ob die Genossen das Eintrittsgeld i. H. v. 50 Euro pro Anteil entrichten müssen oder sich dies pro Genosse errechne.

Herr Dr. Zumpe erwiderte, dass mit einmaligen 50 Euro pro Genosse gerechnet werde und sich dies nicht an den Anteilen orientiere.

Herr Hartmann erklärte, dass er froh sei, an dem jetzigen Punkt zu stehen. Er glaube nicht, dass beispielsweise acht Genossen bereit wären, 100.000 Euro zu spenden. Es sei realistischer, dass 800



Genossen 1.000 Euro spenden. Er appellierte an den Rat, sich zu beteiligen und bekundete die Zustimmung seiner Fraktion.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte, dass sich an ihrem Stand 70 Menschen in Landau und Umgebung für den Erhalt eingetragen hätten. Wegen der fehlenden Kaufoption konnte dies jedoch nicht näher verfolgt werden.

Der Vorsitzende erläuterte, dass bisher noch kein vernünftiger Investor gefunden wurde. Es handele sich derzeit lediglich um eine Option. Er appellierte, dass die Fraktionen in Diskussion treten sollen, denn ohne diese könne der Stadtrat keine Entscheidung treffen. Das Haus sei verborgen und befinde sich in traurigem Zustand. Es sei nun die letzte Option, die Initiative auf das Mögliche zu unterstützen. Er fragte die Ausschussmitglieder, ob ein Ältestenrat zu diesem Thema benötigt werde oder es gleich im Stadtrat entschieden werden könne.

Ratsmitglied Lerch antwortete, dass die Eckpunkte klar seien und er die 18 Monats-Option mit alleinigem Vorrecht fixieren würde. Nach der Option sollte der Stadt wieder alle Optionen zugeteilt werden. Der CDU bedarf es keiner weiteren Beratung.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach ebenfalls direkte Zustimmung aus.

Der Vorsitzende sagte eine entsprechende Sitzungsvorlage für den nächsten Stadtrat zu. Die Optionsfrist würde nach der Beschlussfassung beginnen.

Der Hauptausschuss nahm die Information zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3
Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom
21. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen
Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der
Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag
unterbreitet, zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Alternative Bestattungsformen

Konzept zur Ertüchtigung einer Teilfläche des Hauptfriedhofes für Baumbestattungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 15. April 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er übergab das Wort an Bürgermeister Hirsch.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass die Problematik in der Veränderung der Bestattungsstruktur läge. Großen Zuspruch hätte die Errichtung des Memoriam Garten erhalten. Allerdings wurde ein Verlust an Bestattungen festgestellt, da die Bevölkerung Baumbestattungen wünsche. Die Möglichkeit hierfür könne im Eingangsbereich des Hauptfriedhofes eingeräumt werden. Es würde ein Feld von zunächst 800 qm mit Erweiterungsmöglichkeit von über 200 qm errichtet werden. Derzeit könnten zunächst 120 Bestattungen in Urnengräbern stattfinden. Dies entspreche Aufwendungen i. H. v. 15.000 Euro. Auf 30 Jahre errechnet seien Erträge bis zu 160.000 Euro zu erzielen. Die Maßnahme diene dazu, die Attraktivität des Friedhofes zu erhalten.

Ratsmitglied Vogler begrüßte das Angebot der alternativen Bestattungsform und stimmte der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl befürwortet ebenfalls das Vorhaben und stimmte zu. Auch begrüße sie die Möglichkeit, das Grab namentlich zu benennen.

Ratsmitglied Dr. Bals erklärte, dass dies ein zukunftsweisender Vorschlag für die Auslastung des Landauers Friedhofes sei.

Ratsmitglied Demmerle freue sich über die Umsetzung im Rahmen der Vorlage, da er dies bereits im Umweltausschuss 2013 vorgeschlagen habe. Es ginge um die Entgegenwirkung einer Abwanderung.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es sich um einen Friedhof mit Geschichte handle und es der richtige Weg sei. Im Umweltausschuss am 20. Mai 2015 werde nochmals darüber berichtet.

Ratsmitglied Freiermuth fragte nach dem Sachstand bezüglich den Überlegungen der „Bestattungen unter Reben“.

Bürgermeister Hirsch erwiderte, dass dies in derzeitiger Abstimmung sei.

Ratsmitglied Thiel erkundigte sich nach dem Sachstand seines vor einem Jahr gestellten Antrages des Ortsbeirates Nußdorf über die Schaffung eines „naturnahe Begräbnisfeld“, dem der Ortsbeirat Nußdorf bereits zugestimmt habe.

Bürgermeister Hirsch antwortete, dass dies weiter verfolgt werde. Es würden Pflegekonzepte für die Stadt und Friedhöfe erstellt und die Urnenbestattungen der Stadtteilmfriedhöfe würden erweitert werden. Im Umweltausschuss werde über den allgemeinen Sachstand informiert.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen zu, dass

dem Konzept zur Ertüchtigung einer Teilfläche des Hauptfriedhofes für Baumbestattungen zugestimmt und umgesetzt wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Punkt gab es keine Informationen.



Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 12.05.2015 umfasst 12 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 50.

Vorsitzender:

Hans-Dieter Schlimmer

Schriftführerin:

Kristina Bollinger